

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Gesundheit

Ausschussdrucksache
18(14)0155(7)
gel. VB zur öAnhörnung am 24.02.
16_Paritätische Beteiligung
22.02.2016



Stellungnahme des Sozialverbands VdK Deutschland e.V.

zum Antrag

Zusatzbeiträge abschaffen – Parität wiederherstellen

und zum Antrag

Lasten und Kosten fair teilen – Paritätische Beteiligung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an den Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen

Sozialverband VdK Deutschland e.V.
Linienstraße 131
10115 Berlin

Telefon: 030 – 9210580300
Telefax: 030 – 9210580310
e-mail: sozialpolitik@vdk.de

Berlin, den 22. Februar 2016

I. Zielsetzung und Bewertung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordern, die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Fraktion Die Linke fordert darüber hinaus auch die Abschaffung der Zusatzbeiträge und die Herstellung der paritätischen Finanzierung in der Pflegeversicherung, in dem der geopferte Feiertag wieder eingeführt wird.

Der Sozialverband VdK unterstützt die Forderungen nach paritätischer Finanzierung vollständig.

Steigende Zusatzbeiträge bedeuten eine stille Minderung der Renten und der Löhne. Die Arbeitgeber profitieren von einer gesunden Bevölkerung und müssen daher auch an den Kosten beteiligt werden.

Der Zusatzbeitrag führt zu einem Preiswettbewerb, der alte, kranke und behinderte Menschen benachteiligt. Er muss durch einen Wettbewerb um gute Versorgung ersetzt werden.

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind aus Steuern zu finanzieren und nicht über den Zusatzbeitrag nur einem Teil der Gesellschaft aufzubürden.

Im Einzelnen

1. Solidarische Finanzierung der Ausgabensteigerungen

Die Gesundheitsgesetzgebung der großen Koalition führt, nach GKV-Berechnungen, zu Mehrausgaben von 12 Milliarden bis 2019. Hinzu kommt der stetige Anstieg der Ausgaben aufgrund des demographischen Wandels und des medizinischen Fortschritts, so dass der Zusatzbeitrag in den nächsten Jahren auf 1,4 bis 1,8 Prozentpunkte steigen wird.

Bewertung des Sozialverbands VdK

Die steigenden Gesundheitsausgaben sind zu einem großen Teil das Ergebnis von positiven Entwicklungen: die Menschen werden älter und die Gesundheitsversorgung wird besser. Wir werden daher auch in Zukunft steigende Ausgaben haben. Im jetzigen System führt dies automatisch zu höheren Zusatzbeiträgen, die alleine von sozialversicherten Arbeitnehmern und Rentnern zu bezahlen sind. Ohnehin schon niedrige Renten werden dadurch noch weiter abgeschmolzen. Für Arbeitnehmer bedeutet dies Reallohnsenkungen.

Die Arbeitgeber profitieren von gesunden Arbeitnehmern, und sind daher paritätisch an der Finanzierung der Gesundheitskosten zu beteiligen.

Der Sozialverband VdK fordert eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung.

2. Zusatzbeitrag abschaffen

Die Linke fordert, den Zusatzbeitrag abzuschaffen. Dadurch würde ein einheitlicher Beitragssatz entstehen.

Bewertung des Sozialverbands VdK

Während der 1996 eröffnete Krankenkassenwettbewerb durchaus positive Effekte wie die Senkung der Verwaltungskosten und die Konvergenz der Beitragssätze zu Folge hatte, ist der Wettbewerb um gute Versorgungsmodelle, trotz verschiedener Innovationsinitiativen nie richtig in Gang gekommen. Dies ist ursächlich auf den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich zurückzuführen, der nur für junge, gesunde Mitglieder positive Deckungsraten ausweist. Kranke, behinderte und alte Mitglieder sind dagegen ein Verlustgeschäft. Daher ist es zwangsläufig im Interesse der Krankenkassen junge, gesunde Mitglieder anzuwerben, statt mit speziellen Versorgungsangeboten chronisch kranke Patienten anzuziehen.

Bei den Finanzrankings der Krankenkassen zeigt sich ein deutlicherer Zusammenhang zu Alter und Struktur der Mitgliedschaft als zu einer effizienten Verwaltung. Insbesondere alte Menschen in sogenannten Versorgerkassen werden daher doppelt

belastet, auf der einen Seite zahlen sie höhere Zusatzbeiträge, auf der anderen Seite sind diese Kassen häufig restriktiv in der Leistungsgewährung, zum Beispiel bei Hilfsmitteln. Gleichzeitig ist die Wechselbereitschaft bei älteren Menschen niedrig und sie werden auch nicht durch Werbung oder sonstige Angebote angeworben.

Der mRSA muss daher so weiterentwickelt werden, dass Krankenkassen mit guten Versorgungsangeboten auch für chronisch kranke und behinderte Patienten positive Deckungsraten erzielen können. Dadurch würde ein positiver Wettbewerb um eine gute Patientenversorgung entstehen.

3. Gesamtgesellschaftliche Ausgaben

Sowohl die Grünen als auch die Linke fordern die Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben aus Steuermitteln.

Bewertung des Sozialverbands VdK

Der Sozialverband VdK schließt sich der Forderung vollständig an. Allein in dieser Legislaturperiode hat sich die Politik bei Prävention, Innovationsfonds und dem Strukturfonds für die Krankenhausreform aus Krankenkassenmitteln bedient und die Kosten für diese gesamtgesellschaftlichen Aufgaben über die Steigerung des Zusatzbeitrages alleine den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern und Rentnern aufgebürdet.

Solange es eine gesetzliche und eine private Krankenversicherung in Deutschland gibt, kann es nicht sein, dass Ausgaben, die allen zugutekommen nur von einem – und zwar dem finanziell schwächeren Teil – finanziert werden.

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen aus Steuern finanziert werden. Dazu gehören auch die Kosten der Familienmitversicherung und der Unabhängigen Patientenberatung.